

URGENT ACTION

# ZIVILBEVÖLKERUNG VOR ANGRIFFEN SCHÜTZEN!

KOLUMBIEN

UA-Nr: UA-005/2025-2 AI-Index: AMR 23/0373/2025 Datum: 7. Oktober 2025 – ar

## ZIVILPERSONEN IN CATATUMBO

Am 25. September 2025 behauptete der Kommandant der FARC-Guerillagruppe *Frente 33* öffentlich, dass das Komitee für soziale Integration von Catatumbo CISCA in die Aktionen bewaffneter Gruppen verwickelt sei. Die Äußerungen sind ungerechtfertigt und inakzeptabel und stellen eine ernsthafte Bedrohung für Menschenrechtler\*innen und Sprecher\*innen lokaler Gemeinschaften dar, die bereits seit langer Zeit Gewalt und Stigmatisierung ausgesetzt sind. Die *Frente 33* führt derzeit Friedensgespräche mit den kolumbianischen Behörden. Der Friedensbeauftragte muss sicherstellen, die Menschenrechte in den Mittelpunkt dieser Gespräche zu rücken, und sollte die bewaffnete Gruppe auffordern, die Angriffe auf CISCA und alle Menschenrechtler\*innen und Gemeindeglieder\*innen einzustellen.

Das Leben, die Sicherheit und die Unversehrtheit der Zivilbevölkerung in der kolumbianischen Region Catatumbo ist in Gefahr. Besonders betroffen sind Menschenrechtsverteidiger\*innen und Mitglieder lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen. Am 25. September 2025 machte der Kommandant der FARC-Guerillagruppe *Frente 33* öffentlich stigmatisierende Aussagen über das Komitee für soziale Integration von Catatumbo (*Comité de Integración Social del Catatumbo* – CISCA). Er behauptete, dass die zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für die Menschenrechte einsetzt, in die Aktionen anderer bewaffneter Gruppen in der Gegend verwickelt sei.

In der Region Catatumbo kommt es seit einiger Zeit zu Zusammenstößen zwischen bewaffneten Gruppen. Vor diesem Hintergrund werden in der Region regelmäßig gefährliche Unterstellungen über Menschenrechtsverteidiger\*innen und Gemeindeglieder\*innen verbreitet. Seit Jahrzehnten sind sie Ziel von Menschenrechtsverstößen, und es ist daher ganz besonders riskant für sie, auf diese Art und Weise von einer bewaffneten Gruppe aufs Korn genommen zu werden. Zumal diese bewaffnete Gruppe derzeit Friedensgespräche mit den kolumbianischen Behörden führt.

In den vergangenen Jahren und insbesondere seit der jüngsten Eskalation der Gewalt Mitte Januar 2025 haben die lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen von Catatumbo, darunter auch CISCA, immer wieder Frieden, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und strukturelle Lösungen auf der Grundlage einer stärkeren Präsenz ziviler staatlicher Institutionen gefordert, wie sie im kürzlich unterzeichneten Sozialpakt für die territoriale Umgestaltung von Catatumbo dargelegt sind.

## HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die Region Catatumbo liegt im Nordosten Kolumbiens im Departamento Norte de Santander. Sie erstreckt sich von den östlichen Anden bis in die Nähe des Maracaibo-Sees in Venezuela. Obwohl die Region reich an natürlichen Rohstoffen – insbesondere Erdöl – ist, ist sie von extremer Armut und einem hohen Maß an Militarisierung und bewaffneter Gewalt geprägt. Der eingeschränkte Zugang zu Nahrung, Bildung, Wasser, Wohnraum und Gesundheitseinrichtungen schafft ein feindliches Umfeld für Gemeindeglieder\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen. Darüber hinaus ist die Infrastruktur nur schlecht ausgebaut, sodass Catatumbo vom Rest des Landes isoliert ist. Die Region ist nach wie vor eine der wichtigsten Gebiete für den Kokaanbau und die Kokaproduktion im Land.

Amnesty International beobachtet die Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen in der Region Catatumbo seit mehreren Jahren. Dabei liegt der Fokus auf CISCA, das sich für die Landrechte der kleinbäuerlichen Gemeinschaften von Catatumbo stark macht. Seit 2020 weist Amnesty International darauf hin, dass die Menschenrechtsarbeit von

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

AMNESTY  
INTERNATIONAL



CISCA vor allem durch zwei Hauptrisikofaktoren behindert wird: [zum einen durch das hohe Maß an Gewalt, insbesondere gegen Personen mit gesellschaftlichem Einfluss wie Gemeindeglieder\\*innen, und zum anderen durch die angeordnete Vernichtung von Kokapflanzen](#). Amnesty International hat außerdem festgestellt, dass die extreme Armut und der fehlende Zugang zu wirtschaftlichen und sozialen Rechten ein angespanntes und feindseliges Umfeld in der Region schaffen, insbesondere für Gemeindeglieder\*innen. Amnesty International stellte fest, dass die kolumbianischen Behörden im Juli 2023 die erzwungene Vernichtung von Kokapflanzen eingestellt hatten und dass die militärischen Aktivitäten in der Region sowohl seitens der regionalen Sicherheitskräfte als auch der bewaffneten Gruppen etwas zurückgegangen waren. [Doch die lange Geschichte der Militarisierung und die humanitären Auswirkungen des bewaffneten Konflikts standen der Schaffung eines sicheren Umfelds sowohl für soziale Bewegungen als auch für die Menschenrechtsarbeit entgegen. Außerdem setzten die bewaffneten Gruppen ihre Aktionen in den benachbarten Gebieten fort oder intensivierten sie sogar](#).

Seit Mitte Januar 2025 kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den bewaffneten Gruppen Nationale Befreiungsarmee (*Ejército de Liberación Nacional* – ELN) und EMBF, die Splittergruppen der früheren bewaffneten Gruppierung FARC-EP (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* – Ejército del Pueblo – FARC-EP) unter sich vereint, darunter auch die *Frente 33*. Der Konflikt hat schwere Folgen für die Zivilbevölkerung. Am 18. Januar meldete die Ombudsstelle 60 Tötungen in den Gemeinden Convención, Ábrego, Teorama, El Tarra, Hacarí und Tibú sowie die Vertreibung indigener und kleinbäuerlicher Gemeinschaften. Angesichts entsprechender Drohungen durch die ELN wies die Ombudsstelle auf das besondere Risiko hin, dem Menschenrechtler\*innen, Gemeindeglieder\*innen und ehemalige Mitglieder der 2016 demobilisierten FARC-EP ausgesetzt sind. Bis zum 18. Februar meldete der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) rund 80.000 Betroffene (darunter mindestens 47.000 Kinder und 4.600 venezolanische Flüchtlinge), von denen 52.000 vertrieben waren und 8.600 nach wie vor mit Gewalt daran gehindert werden, ihren Wohnort zu verlassen (Zwangsisolierung). Der UNHCR erklärte, dass die Konfrontationen zwischen bewaffneten Gruppen sowie zwischen diesen und den kolumbianischen Sicherheitskräften anhielten, wodurch die Gefahr von weiteren Tötungen, massiven Vertreibungen, Zwangsisolierung von Gemeinden und des Verschwindenlassens von Personen bestehe.

#### SCHREIBEN SIE BITTE

#### FAXE, E-MAILS, X-NACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Nutzen Sie bitte Ihren Einfluss im Rahmen der Friedensgespräche, um die *Frente 33* der FARC aufzufordern, ihre stigmatisierenden Aussagen über CISCA umgehend zu widerrufen und von weiteren Attacken oder Eskalationen gegen die Organisation abzusehen.

**ACHTUNG!** Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

#### APPELLE AN

#### FRIEDENSBEAUFTRAGTER DER REGIERUNG

Consejero Comisionado de Paz

José Otty Patiño Hormaza

Calle 7 No. 6-54, Bogotá

KOLUMBIEN

(Anrede: Mr. Peace Commissioner Councilman /

Sehr geehrter Herr Friedensbeauftragter)

**E-Mail: [contacto@presidencia.gov.co](mailto:contacto@presidencia.gov.co)**

**X: [@ComisionadoPaz](https://twitter.com/ComisionadoPaz)**

#### KOPIEN AN

#### BOTSCHAFT DER REPUBLIK KOLUMBIEN

I. E. Frau Yadir Salazar Mejia

Taubenstr. 23

10117 Berlin

**Fax: 030-2639 6125**

**E-Mail: [ealemania@cancilleria.gov.co](mailto:ealemania@cancilleria.gov.co)**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem **31. Dezember 2025** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-005/2025** (AMR 23/8941/2025, 21. Januar 2025 und AMR 23/9102/2025, 13. März 2025)

#### PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you take immediate action, in the context of the peace negotiations being currently held, to call FARC's 33<sup>rd</sup> Front to retract its stigmatising attacks against CISCA and refrain from further attacks or escalating its actions against them.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Die kolumbianischen Behörden beteuern, dass der Schutz der Zivilbevölkerung für sie Priorität hat, und haben Notfall-Evakuierungsmaßnahmen durchgeführt. Menschenrechtsorganisationen in Catatumbo und auf nationaler Ebene haben vor der Gefahr einer militärischen Reaktion auf diese Krise gewarnt und zum Frieden und zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts aufgerufen. Außerdem haben sie Präsident Petro aufgefordert, strukturelle Lösungen, die auf einer stärkeren Präsenz ziviler staatlicher Einrichtungen beruhen, zu unterstützen und umzusetzen, wie z. B. den Sozialpakt für die territoriale Umgestaltung von Catatumbo, der in den letzten zwei Jahren von Vertreter\*innen des Staates und der lokalen Zivilgesellschaft diskutiert und schließlich am 6. März 2025 in Catatumbo unterzeichnet wurde.

In einer Sitzung des Kabinetts, die am 3. März im nationalen Fernsehen übertragen wurde, um die Veranstaltung am 6. März in Catatumbo anzukündigen, stigmatisierte Präsident Petro die sozialen Organisationen in der Region jedoch und brachte sie damit in große Gefahr. Nach seinen Worten seien sie von den bewaffneten Gruppen „durchsetzt“ und würden diesen „unterstehen“. Bewaffnete Gruppen beschuldigen die lokale Zivilbevölkerung häufig, mit rivalisierenden Gruppen zusammenzuarbeiten, um Angriffe gegen sie zu rechtfertigen. Die Stigmatisierung von sozialen Organisationen hat in den Sozialen Netzwerken auf lokaler Ebene in den letzten Wochen auf besorgniserregende Weise zugenommen. Am 25. September 2025 machte die FARC-Guerillagruppe *Frente 33* öffentlich stigmatisierende Aussagen über CISCA und seine Mitglieder. In der Region Catatumbo ist es bereits riskant für Einzelpersonen und Gemeinschaften, sich für die Menschenrechte einzusetzen. In dieser Art und Weise von einer bewaffneten Gruppe ins Visier genommen zu werden, bedeutet eine noch größere Gefahr für die Betroffenen, weshalb die Behörden unverzüglich handeln müssen.

Seit Beginn der Krise hat Amnesty International in einer [Eilaktion](#) und in einer [öffentlichen Stellungnahme](#) den Schutz der Zivilbevölkerung gefordert. In einer weiteren [Eilaktion](#) wurde der Präsident aufgefordert, seine stigmatisierende Rhetorik gegen zivilgesellschaftliche Organisationen einzustellen.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**

